

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen für die Anzeigen an. - Druck und Vertrieb durch die Anzeigen. - Druck und Vertrieb durch die Anzeigen.

Anzeigenpreise für die Anzeigen sind in den Anzeigen zu finden. - Druck und Vertrieb durch die Anzeigen.

Verantwortlich: Egeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 149

Sonnabend, den 28. Juni 1924

19. Jahrgang

### Fünf Jahre nach Versailles.

Von Dr. Rals. M. d. R.

Am 28. Juni sind fünf Jahre verflossen, seitdem Deutschland den Gewaltakt von Versailles über sich ergehen lassen mußte. Ein feilsch und kühn durch die furchtbaren Leiden und Entbehrungen eines geschichtlich beispiellosen Krieges gemühtes Volk war erbarmungslos der Willkür und Gewalt seiner Feinde preisgegeben. Fünf Jahre Leidensweg liegen hinter uns. Auf Versailles sind weitere Stappen gesetzt; das Ultimatum von London, der Verlust von Oberschlesien, die Besetzung des Ruhrgebietes kamen als zwangsläufige Auswirkungen des verlorenen Krieges. Demütigungen und Beleidigungen der unerhörtesten Art stießen das deutsche Volk in die Tiefen eines modernen Sklaventums. Nichtswürdig der Deutsche, der die Lage seines Volkes nicht als schmachvoll empfand! In heißen Mähen, den Weg ins Freie zu finden, hat es nicht gekostet. Überall wohin es den Schritt lenkte, wehte dem deutschen Volke ein verpesteter Dufthauch entgegen. Erst als diese verpestete Luft des Hasses und der Verbildung auf unsere Feinde selbst zurückschlug, kam ihnen langsam die Erkenntnis, daß man andere Methoden wählen müsse um die Frucht des Sieges einzuhelmen. Auf vielfachen Konferenzen versuchte man, solche Methoden zu finden. Deutschland war dabei zunächst nur Objekt und nicht Subjekt der Verhandlungen. Vor zwei Jahren schien es erstmalig so, als sollte die Vernunft langsam eine Gasse bahnen. Wir hatten damals als Außenminister einen Staatsmann von besonderen Qualitäten. Walter Rathenau, der vor zwei Jahren am 24. Juni 1922, durch ein schmachvolles Verbrechen dem deutschen Volke geraubt wurde, war der erste deutsche Minister, der den Weg zum Bestand unserer ehemaligen Gegner gefunden hatte. Auf der Konferenz von Genua war seine groß angelegte, psychologisch klug abgestimmte Rede das Ereignis der Tagung schlechthin. Es ist ihm und uns in der dann folgenden Zeit zunächst nicht beschieden gewesen, die damals angedachte Verständigung weiter zu führen. Der sinnloseste politische Mord, der je begangen wurde, nahm uns den Staatsmann, der am ehesten in der Lage gewesen wäre, durch seine Besonnenheit und durch seine überragende Erfassung und Behandlung der außenpolitischen Realitäten einen Gegenpol zum französischen Vernichtungswillen zu schaffen, in einem Augenblicke, wo der französische Imperialismus zum letzten Schluß ausholte. Unendlich viel Schweres ist seitdem über Deutschland gekommen. Aber der im Ruhrgebiet am stärksten zum Ausdruck kommende Wahnsinn war doch als solcher so sinnlos und so ungeheuerlich, daß er auf seine Urheber zurückschlug, und daß er der Welt und dem französischen Volke die Augen öffnete. So wurde dieser Ruhrkrieg nicht nur der tiefste Punkt unserer Niedrigung und unserer Leiden, sondern auch der Wendepunkt. Nur Narren könnten den Wandel verkennen, der sich in der politischen Einstellung der Welt und unserer ehemaligen Feinde zu Deutschland in den letzten Monaten vollzogen hat, und der sich mit einem einzigen Sage erschöpfend dahin kennzeichnen läßt, daß an Stelle des politischen Vernichtungswillens der wirtschaftliche Erhaltungswille getreten ist. Unsere Gegner von gestern wollen nun nicht mehr eine Wieder in Ordnung gebrachten deutschen Wirtschaft werden; sie an den Grundrissen unserer Wirtschaft teilnehmen zu lassen ist das Opfer, mit dem die Freiheit von Rhein und Ruhr erkauft, mit der eine neue politische und wirtschaftliche Lebensmöglichkeit geschaffen werden kann. Gewiß, dieses Opfer drückt hart auf Seele und Leib eines bisher freien Volkes, aber ohne ein solches wird sich der Weg ins Freie niemals öffnen. Alle die, welche in der Presse und in den Parlamenten gegen die Politik der Verständigung zu Felde ziehen, sollten doch bedenken, daß es nach einem verlorenen Krieg für das unterlegene Volk nur zwei Möglichkeiten gibt: entweder einen neuen Krieg in der Hoffnung auf einen besseren Ausgang zu führen oder mit den bisherigen Gegnern zu einer Verständigung zu gelangen. Selbst die besten die ohne einen neuen Krieg eine endgültige Sicherung der deutschen Zukunft nicht für möglich halten, werden einen solchen Krieg bei der gegenwärtigen Grundverfassung der Machtverhältnisse als einen absurden Gedanken verwerfen müssen. Daraus ergibt sich auch für sie die zwingende Notwendigkeit, eine Politik der Verständigung zu fördern. Ein weiteres kommt hinzu. Einigen wir uns nicht mit den Gegnern, so sieht es auf der anderen Seite bei der Politik der politischen und wirtschaftlichen Sanktionen mit ihren absolut tödlichen Wirkungen: einigen wir uns, so kommt es uns gewiß für uns nicht sofort ein Paradies auf Erden, aber es kommt doch eben die Möglichkeit einer Entlastung und Entspannung.

Für Deutschland gilt es, die für uns jetzt erstmalig in London und Paris günstiger gewordenen Konjunktur schnell und entschlossen auszunutzen. Wir dürfen nicht verkennen, daß die dort zur Zeit am Ruder befindlichen politischen Strömungen ebenso von nationalistischer Verbildung befangen werden, wie es in Deutschland mit einer Politik der Vernunft und Besonnenheit geschieht. Für unsere Politik kommt es jetzt darauf an, alles aus dem Wege zu räumen, was in Frankreich und in England den Gegnern einer Verständigung mit uns Waffen in die Hand geben kann. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Frage der abschließenden Militärkontrolle zu betrachten. Der Ton, in dem die betreffende Note an uns gehalten ist, unterscheidet sich stark von der Gehässigkeit und Ueberheblichkeit früherer Rundgebungen, daß unsere Antwort darauf wesentlich erleichtert wird. Wer in Deutschland den aufrichtigen Wunsch hat, den für Heer und Volk gleich unwürdigen Zustand einer dauernden Militärkontrolle beseitigt zu sehen, dem darf das Opfer dieser einmaligen und letzten Schlußrevision nicht zu groß sein. Eine Ablehnung würde mit einem Schlage die alte Wäre von dem gewalttätigen, jederzeit zur Friedensstörung bereiten Deutschland wieder aufleben lassen. Unsere vaterländischen Verbände und unsere der körperlichen Erhaltung der Jugend dienenden Organisationen sollten viel Klugheit und Vaterlandsliebe besitzen, um zu erkennen, daß gerade jetzt jede nach außen erkennbar werdende militärische Aufmachung und Aktivität von Uebel ist. Vernen wir doch endlich einmal, daß nicht nur auf dem offenen Markte, sondern auch hinter verschlossenen Türen nachhaltig gearbeitet werden kann.

Auf der internationalen Konferenz, die für den 18. Juli in London in Aussicht genommen ist, wird Deutschland ein anderes Frankreich und ein anderes England finden können als in Versailles und als auf früheren Konferenzen, wenn es dies selbst will. Willenlos sahen wir uns bei gleichen Umständen in der Vergangenheit Diktanden und Ultimaten ausgehört; für die neue Londoner Konferenz ist in dem Sachverständigengutachten von vornherein eine erträgliche Verhandlungsgrundlage geschaffen. Wir selbst können viel dazu beitragen, welche Atmosphäre in London herrschen wird. Der Reichstag steht in dieser Beziehung vor ungeheurer Verantwortung. Bisher macht es freilich nicht den Eindruck, als ob sich alle Abgeordneten dieser schicksalsschweren Bedeutung der zu treffenden Entscheidungen bewußt wären. Wenn jetzt schon bei verhältnismäßig geringfügigen Anlässen der Reichstag, der eine Stätte politisch-geistigen Ringens sein soll, sich herabwürdigt zu einem Schauplatz, wo man sich mit Unfähigkeit überhäufelt und an die Gurgel springt, dann kann man nur mit schwerer Sorge den bevorstehenden Verhandlungen über die Schicksalsfrage unseres Volkes entgegensehen. Der äußere Verlauf der Verhandlungen eines Parlamentes läßt stets auf den stillen Ernst schließen, mit dem seine Mitglieder an die Erledigung ihrer Pflichten herantreten. Den Parteien der Mitte erwächst gegenüber dem deutschen Volke nämlich dringender die Pflicht, die parlamentarische Kerntruppe einer besonnenen und verantwortungsbehafteten Politik zu bleiben. Ein Reichstag, der die vorhandenen außenpolitischen Möglichkeiten selbst verschlägt, begeht ein Verbrechen am deutschen Volk; ein Reichstag, der der Regierung auf dem Wege der Verständigung folgt, wird die Warte zu einer erträglichen Zukunft öffnen.

### Ein Micum-Ultimatum.

Die Freitag-Versprechungen der Ruhrvertreter mit der Micum hatten bis Mittag insofern eine allgemeine Ueberzeugung gebracht, als mit keinerlei Zugeständnissen der Regie zu rechnen ist. Die vorgeschlagene Verlängerung muß bis spätestens Montag angenommen sein.

Zu dem am heutigen Sonnabend beginnenden Verhandlungen der Ruhrindustrie mit der Micum erklärt die „Berliner Märkische Zeitung“, daß eine Einwilligung der deutschen Reichsregierung in eine Verlängerung der Micumverträge ausgeschlossen sei. Die Werks hätten ihre letzten Kredite verbraucht, zur weiteren Verwirklichung des Restes der ihnen anvertrauten Kapitalien könnten die Industriellen unmöglich die Hand bieten. Die Verantwortung dafür, was aus dieser Situation entstehen werde, solle den Ministerien zu, da letztere durch Verbindungen zwischen der deutschen und französischen Regierung eine für die Industrie trübselige Regelung an Stelle der Micumverträge treten lassen.

Nach die Ruhr-Ausgewiesenen zurück.

Sabas meldet aus Düsseldorf, General Degoutts habe auf Anweisung der französischen Regierung Vorkahrungen getroffen, um die gleichzeitige Rückkehr sämtlicher in der französischen Zone des Ruhrgebietes und

auch im Brückenkopf Auen Ausgewiesenen bis auf einige Ausnahmen zu ermöglichen. Diese Entscheidung sei am 27. Juni den Beteiligten mitgeteilt worden. Des Weiteren seien Strafeinstellungen zugunsten der wegen Teilnahme am passiven Widerstand Verurteilten angeordnet worden, denen binnen kurzem die endgültige Begnadigung folgen werde.

### Republikanische Rundgebung im besetzten Gebiet.

Voraussetzliche Teilnahme des Reichspräsidenten.

Zu der großen republikanischen Rundgebung, die für den 8. Juli in Köln im Winter geplant ist, hat auch Reichspräsident Ebert sein Erscheinen zugesagt. Auch der frühere Reichsminister Solmann wird erscheinen. Wie verlautet, wollen Reichspräsident Ebert und Solmann in Köln im Winter neben an die Adresse des französischen Ministerpräsidenten Herriot halten. In nationalistischen französischen Kreisen wird diese Veranstaltung voreilig kommentiert. Es wird die Frage aufgeworfen, warum Ebert und Solmann nicht im unbesetzten Gebiet republikanische Rundgebungen abhalten, wo sie doch angebracht seien.

### Reichstag

Die Not der Landwirtschaft.

Das Plenum des Reichstags trat Freitag mittag 12 1/2 Uhr zusammen. Am Regierungstisch nahm Ernährungsminister Graf Rautenbach Platz. Vor Eintritt in die Behandlung der Interpellation über die Notlage der Landwirtschaft erlegte man die Wirtschaftsverträge mit Litauen und Estland sowie die Verträge mit den gleichen Staaten über die Regelung der mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen.

Der Deutschnationale Freiherr v. Freitag-Loringhoven stimmte den Verträgen zu. Einbruch wolle dagegen erhoben werden, daß die litauische Regierung noch vor Inkrafttreten des Memelstatuts sich die schwersten Eingriffe in das Leben der Memeldeutschen erlaube. Der Nationalsozialist Graf Reventlow äußert Bedenken namentlich hinsichtlich des ostbaltischen Zustroms.

Die Verträge wurden daraufhin in zweiter Lesung angenommen gemeinsam mit einer wirtschaftspolitischen Entschließung folgenden Wortlauts: Die Reichsregierung wird ersucht, bei ferneren Verhandlungen mit Estland durchzusetzen, daß die in Estland enteigneten Grundbesitzer mit deutscher Reichsangehörigkeit nach denselben Grundsätzen entschädigt werden wie die meistbegünstigten Grundbesitzer mit anderer Staatsangehörigkeit.

Dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Entlassung des Kommunisten Schlicht wurde zugestimmt.

Dann wandte man sich der Aussprache über die Notlage der Landwirtschaft zu. Auf der Tagesordnung stehen 87 Interpellationen und Anträge aller Parteien. Die Redezeit wird auf 1/2 Stunde festgesetzt. Man hofft die Debatte noch heute zum Abschluß zu bringen.

Der Deutschnationale Schiele weist als erster Redner darauf hin, daß die große Anzahl der Anträge und Interpellationen Zeugnis dafür ablege, um welche große Gefahr es sich bei der Not der Landwirtschaft handle. Die Belastung der Landwirtschaft sei unerträglich. Der Hinweis auf die Entschuldung der Landwirtschaft während der Inflation schlage gegenüber der im Vergleich zur Vorkriegszeit ungeheuerlichen Steuerbelastung nicht durch. Die gesamte Steuerbelastung betrage etwa 8 Prozent des Vermögens. Heute lasse bereits wieder eine Hypothek von 6,15 Milliarden auf der Landwirtschaft. Ferner habe sie ihr gesamtes flüssiges Betriebskapital von 4 bis 5 Milliarden Genossenschaftsgelder verloren.

Der Reichsverband sei ganz erheblich zurückgegangen. Die Landwirtschaft habe vor einer völligen Geldseere. Solange keine entsprechende Ausfuhrsteuerung eintrete werde man die Auslandskredite ebenso wenig zurückzahlen können wie die Rentendankkredite. Die Preise insbesondere für Getreide seien weit unter den Produktionspreisen und 80 Prozent unter den Weltmarktpreisen. Der Redner fordert die Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft und trat für das als System der Marktwirtschaft des großen Breitenkönigs ein. Dadurch werde vor allem auf den Getreidebau ein Druck ausgeübt werden.

Vor allem verlange seine Partei schleunig eine deutsche Produktion schützende Zollgesetzgebung.

Der Sozialdemokrat Schmidt-Röbenigk laubte feststellen zu müssen, daß es den Landwirten gut gehe. Die sinkenden Getreidepreise und das starke Getreideangebot führt er darauf zurück, daß die Landwirtschaft das Getreide seinerzeit zurückgehalten habe, um die Umlage zu sabotieren. Er fragt, ob es richtig ist, daß im Landwirtschaftsministerium eine Vorlage für landwirtschaftliche